Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie

= Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 35 (2009)

Heft: 1

Artikel: Das Geschäft mit der Sicherheit : die Arbeit von privaten Sicherheits-

und Militärfirmen in Kriegs- und Nachkriegskontexten

Autor: Schneiker, Andrea

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-815041

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Geschäft mit der Sicherheit: die Arbeit von privaten Sicherheitsund Militärfirmen in Kriegs- und Nachkriegskontexten

Andrea Schneiker*

1 Einleitung

Spätestens seit den zahlreichen Vorfällen um die Firma Blackwater im Irak erfahren private Sicherheits- und Militärfirmen (PSMFs) nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Öffentlichkeit eine gewisse Beachtung. Zur Erinnerung seien zwei Vorfälle genannt: Im März 2004 wurden in Falludscha vier Blackwater-Mitarbeiter von Irakern getötet, ihre Leichname geschändet und öffentlich zur Schau gestellt. Die Fotos gingen um den Globus und erinnerten an Somalia in 1993, als der nackte Leichnam eines US-Soldaten von einem wütenden Mob durch die Straßen Mogadischus geschleift wurde. Im September 2007 haben Angestellte von Blackwater während einer Schießerei in Bagdad mindestens 14 Zivilisten anscheinend grundlos getötet (Johnston und Broder, 2007). Daraufhin wollte die irakische Regierung Blackwater des Landes verweisen, musste sich aber dem Willen der US-Regierung fügen, die im Irak auf die Sicherheitsdienstleistungen von Blackwater angewiesen ist (Broder und Risen, 2007; Ladurner, 2007, 23). Insgesamt sind PSMFs inzwischen ein integraler Bestandteil vieler Konflikte und Kriege.

In der Forschung wurden PSMFs auf Grund ihres privaten Charakters und ihrer primär ökonomischen Motivation zunächst als Akteure der so genannten neuen Kriege behandelt (vgl. Münkler, 2002). Erst in jüngerer Zeit widmen sich zahlreiche Beiträge den Auswirkungen der Arbeit von PSMFs auf die Sicherheit (z. B. Bryden und Caparini, 2006; Chojnacki, 2007; Chojnacki und Branović, 2007; Krahmann, 2005b). Von Interesse sind dabei sowohl die Auswirkungen auf das Verständnis von Sicherheit als auch auf die Anforderungen an deren Bereitstellung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Sicherheitskonzepte in Theorie und Praxis der internationalen Beziehungen in den letzten Jahren einem stetigen Wandel unterlagen, der für die Analyse von PSMFs mindestens drei relevante Dimensionen umfasst (Baldwin, 1997, 13 ff.): die versicherheitlichten Bereiche (Sicherheit vor was?), die Referenzobjekte (Sicherheit für wen?) sowie die Akteure und Instrumente zur Herstellung von Sicherheit (Sicherheit durch wen und was?).

In den meisten Fällen wird Sicherheit in Bezug auf Bedrohungen definiert: entweder als Abwesenheit von oder als Schutz vor Bedrohungen (Hough, 2004;

^{*} Andrea Schneiker, Institut für Politische Wissenschaft der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover.

Zedner, 2003, 155), es handelt sich also um ein negatives Verständnis von Sicherheit (Meyers, 1994, 52). Ein enges Verständnis von Sicherheit umfasst nur deren militärische Dimension und hat den Staat als Referenzobjekt. Mit der Erweiterung des Sicherheitsbegriffs werden zum einen auch nicht-militärische Bedrohungen wie Krankheiten und Umweltverschmutzungen anerkannt und zum anderen auch Individuen als Referenzobjekte behandelt.

Für den Umgang mit Bedrohungen sind drei wesentliche Strategien zu nennen, die wiederum ein jeweils anderes Verständnis von Sicherheit implizieren: Vorbeugende Maßnahmen können die Entstehung von Bedrohungen verhindern oder Bedrohungen zumindest minimieren, indem sie die Ursachen bekämpfen, z. B. im Bereich des Umweltschutzes. Maßnahmen der Abschreckung, z. B. atomare Aufrüstung, sollen Bedrohungen in gewisser Weise «neutralisieren», können dies aber immer nur für einen bestimmten Zeitraum, da sie die Ursachen unberührt lassen. Schutzmaßnahmen schließlich zielen darauf ab, das Referenzobjekt vor den negativen Folgen einer Bedrohung zu bewahren, so z. B. der geplante US-Raketenabwehrschild in Osteuropa (Krahmann, 2008, 382 f.).

Entsprechend dem Paradigma des staatlichen Monopols legitimer physischer Gewalt ist es die exklusive Aufgabe des Staates, auf dem von ihm kontrollierten Territorium für Sicherheit zu sorgen. Seit einiger Zeit wird jedoch unter dem Schlagwort «Security Governance» zunehmend die Rolle privater Akteure bei der Bereitstellung von Sicherheit diskutiert (z. B. Bryden und Caparini, 2006). Der Trend der Privatisierung von Sicherheitsaufgaben lässt sich sowohl für die westliche Welt (privater Wachschutz, gated communities) als auch für so genannte failing oder failed states beobachten, also Gebiete, in denen das staatliche Gewaltmonopol nur (noch) teilweise oder gar nicht (mehr) existiert.² Dabei wird oft zwischen einer «top-down»- und einer «bottom-up»-Privatisierung unterschieden (z. B. Mandel, 2001, 137; Wulf, 2005, 13 ff.). Mit der Privatisierung von unten ist gemeint, dass einzelne nichtstaatliche Gruppen ihre Sicherheit selbst organisieren oder damit private Gewaltakteure wie Milizen, Warlords oder Paramilitärs beauftragen,³ wobei

Nach einem positiven Verständnis müsste Sicherheit verstanden werden als ein «Zustand oder ein Verhältnis stabiler partnerschaftlicher Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft oder zwischen staatlich organisierten Gesellschaften – als ein Verhältnis, in dem der gewaltfreie Konfliktaustrag ebenso wie die Kooperation zu allseits anerkannten Verhaltensnormen werden» (Meyers, 1994, 52).

Dabei muss berücksichtigt werden, dass es nicht in allen Fällen ein Gebilde gab, welches die Bezeichnung Staat verdiente und somit auch keine Staatlichkeit zerfallen kann. Die Begriffe der zerfallen(d)en Staatlichkeit sind daher eher als Abweichung von der Norm des modernen Territorialstaates zu verstehen. Um dies auszudrücken wird auch die Bezeichnung «Räume begrenzter Staatlichkeit» (SFB 700) verwandt.

Dabei handelt es sich jedoch oft nicht um eine Verschiebung von staatlicher zu privater Sicherheitsproduktion, da es in den betroffenen Gebieten ohnehin keine relevante staatliche Bereitstellung von Sicherheit gibt und staatliche und vor allem verschiedene private Akteure um die Sicherheitsproduktion konkurrieren (Chojnacki, 2007, 257). Wenn Sicherheit jedoch nicht staatlich organisiert war, kann sie auch nicht privatisiert werden. In diesen Fällen «verliert der Privatisierungsbegriff [...] seine theoretisch diskriminierende Kraft» (ebd.).

deren Vorgehen sich in der Regel gegen die jeweiligen staatlichen Akteure richtet. Mit dem Begriff der «Privatisierung von oben» wird hingegen die Beauftragung von PSMFs durch Regierungen bezeichnet, d. h. die staatlich gewünschte Privatisierung von Sicherheitsaufgaben. Dabei stellt sich die Frage nach den Auswirkungen der Einsätze von PSMFs auf das jeweilige staatliche Gewaltmonopol und die Sicherheit sowohl in den Einsatzgebieten der Firmen als auch den Auftrag gebenden Industriestaaten. Dieser Beitrag befasst sich jedoch nur mit den Konsequenzen in den Einsatzregionen, bei welchen es sich meist um Konfliktgebiete handelt.

Inwiefern verändern PSMFs nun die Sicherheit im Einsatzgebiet? Zum einen beeinflussen sie die Arbeit und Sicherheitsstrategien anderer Akteure. Zum anderen tragen sie zur Definition von Bedrohungen und zur Auffassung über den Umgang mit diesen bei, indem sie Dienstleistungen anbieten, die Antworten für bestimmte Bedrohungen versprechen. Dabei machen sich PSMFs den Umstand zu Nutze, dass es kein einheitliches Sicherheitsverständnis gibt und der Staat nicht (mehr) die alleinige Autorität in Sicherheitsfragen besitzt. Die wesentlichen Fragen, die sich daran anschließen, sind: Welche Qualität hat die von PSMFs versprochene Sicherheit und welche Auswirkungen hat der Einsatz von PSMFs auf das Gewaltmonopol? Bevor diesen Fragen nachgegangen wird, erfolgt zunächst eine Begriffsbestimmung dessen, was unter PSMFs verstanden wird, sowie ein Überblick über die Charakteristika der PSMF-Branche.

2 Begriffsbestimmung

Unter PSMFs werden hier transnational operierende Firmen verstanden, die verschiedene militärische, polizeiliche und/oder nachrichtendienstliche Tätigkeiten durchführen. Diese lassen sich in neun verschiedene Kategorien unterteilen: Beratung, Training und Ausbildung, Logistik, technische Dienste, Minenräumung und Waffenentsorgung, Demobilisierung und Reintegration ehemaliger Kämpfer, Aufklärung, bewaffneter Personen-, Gebäude- und Konvoischutz und Kampfeinsätze. Kunden der PSMFs sind hauptsächlich Regierungen, insbesondere die der USA, internationale Regierungsorganisationen (IGOs), Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Unternehmen.

Eine ähnliche Einteilung findet sich bei Elke Krahmann (2006, 4). In der Literatur finden sich verschiedene Ansätze, PSMFs zu typologisieren. Am häufigsten rezipiert wird die «Speerspitzen-Typologie» Peter W. Singers (2006, 156 ff.). Danach werden PSMFs entsprechend ihrer Nähe zum Kampfgeschehen bzw. ihrer Position auf dem Kriegsschauplatz in drei Kategorien eingeteilt: Militärdienstleister (Military Provider Firms), militärische Beratungsfirmen (Military Consultant Firms) und militärnahe Dienstleister (Military Support Firms). Eine Zuordnung der Firmen zu diesen drei Kategorien ist jedoch angesichts der Tatsache, dass viele PSMFs sehr unterschiedliche Dienstleistungen anbieten und dabei in mehreren der drei Bereiche aktiv werden, schwierig. Daher wird für die hier diskutierte Frage auf diese Typologisierung verzichtet.

PSMFs verfügen über eine betriebswirtschaftliche Struktur. Im Vordergrund steht dabei die Gewinnmaximierung des Unternehmens und nicht die des einzelnen Mitarbeiters. Darüber hinaus verfügen PSMFs meist über eine feste hierarchische Organisationsstruktur. Die Führungsetagen der Firmen sind relativ stabil, die Zahl der Angestellten variiert hingegen, da das Personal in der Regel je nach Auftragslage rekrutiert wird. Dabei greifen PSMFs teilweise auf eigene Datenbanken zurück, teilweise auf Subunternehmer. Auch große Teile ihres militärischen Geräts kaufen oder mieten PSMFs je nach Bedarf (Singer, 2006, 77 ff.). Während über derart grundlegende Aspekte in der Forschung noch Einigkeit besteht, fällt die Begriffswahl für die Bezeichnung der Firmen unterschiedlich aus.

Grundsätzlich kann zwischen fünf Lagern unterschieden werden. Auf Grund der Finalität vieler von PSMFs durchgeführter Aufgaben, nämlich ein Beitrag zur Sicherheit im Einsatzgebiet, wählen einige Autoren Bezeichnungen, die das Wort Sicherheit im Namen tragen, z. B. Private Security Companies (PSCs) (z. B. Avant, 2005; Percy, 2006) oder private Sicherheitsanbieter (PSAs) (z. B. Deitelhoff und Geis, 2007). Diese Bezeichnungen können jedoch irreführend sein, wenn sie Assoziationen zu herkömmlichen Wach- und Schließgesellschaften, die in Industriestaaten Einkaufszentren oder Parkhäuser bewachen, wecken. Des Weiteren tragen sie dem militärischen Charakter und Kontext zahlreicher Einsätze dieser Firmen nicht Rechnung.

Um diesen zu betonen sprechen andere Autoren von Private Military Companies (PMCs) (z. B. Krahmann, 2007; Leander, 2007) oder Private bzw. Privatized Military Firms (PMFs) (z. B. Singer, 2003; 2007). Als deutschsprachige Äquivalente werden die Bezeichnungen private Militärfirmen (PMFs) (Petersohn, 2006) und private militärische Unternehmen (PMUs) (Ruf, 2003) gebraucht. Doch auch diese Bezeichnungen werden nicht allen Firmen gerecht – dazu ist das Spektrum der angebotenen Dienstleistungen zu groß. Es scheint nicht treffend, Firmen, die keine originär militärischen Aufgaben durchführen und z. B. Polizisten ausbilden, als private Militärfirmen zu charakterisieren.

Daher unterscheiden – drittens – einige Autoren zwischen PSCs und PMCs (z. B. Schreier und Caparini, 2005). Als Militärfirmen werden dabei in der Regel solche Firmen bezeichnet, die aktiv oder offensiv agieren, also kämpfen. Als Sicherheitsfirmen gelten hingegen passiv oder defensiv agierende Firmen, d. h. solche, die bewaffnete Dienstleistungen zum Schutz von Personen, Objekten und Konvois sowie u. a. Training, Beratung und Aufklärung durchführen. Die Kategorien aktiv/passiv und offensiv/defensiv können in der Praxis jedoch meist nicht eindeutig voneinander abgegrenzt werden, da in gewaltintensiven Räumen wie im Irak oftmals die Grenze zwischen Sicherheits- und militärischen Dienstleistungen verschwimmt (Holmqvist, 2005, 5; O'Brien, 2007, 35; Schreier und Caparini, 2005, 30).

Um diese Schwierigkeit zu überwinden findet sich – viertens – immer häufiger die Bezeichnung Private Military and Security Companies (z. B. Jäger und Kümmel,

2007a) oder private Sicherheits- und Militärfirmen (PSMFs) (z. B. Schaller, 2005; Schweizerischer Bundesrat, 2005). Jene hat den Anspruch der höchsten Inklusivität aller Begriffe und signalisiert gleichzeitig die Vielfalt der angebotenen Dienstleistungen. Daher wird die Bezeichnung PSMFs hier bevorzugt.

In einigen wenigen wissenschaftlichen Publikationen (z. B. Musah und Fayemi, 2000), aber vor allem in den Medien, ist noch eine fünfte Kategorie zu finden: Söldner. Der Söldner-Begriff und der darin implizierte Bezug zu solch schillernden Figuren wie «Kongo-Müller» oder Bob Denard⁵ stellt PSMFs in eine historische Kontinuität privater Kriegsakteure. Zwar ist es richtig zu betonen, dass Letztere so alt sind wie der Krieg selbst, doch bei dem Vergleich von PSMFs mit historischen Formen privater Kriegsakteure ist Vorsicht geboten, da PSMFs sich eben nicht auf die Kriegsführung bzw. auf Kampfeinsätze reduzieren lassen. Daher mag die Bezeichnung als Söldner zwar unter bestimmten normativen Gesichtspunkten auf solche PSMF-Angestellte zutreffen, die für Geld kämpfen. Sie stellt das PSMF-Phänomen aus analytischer Sicht jedoch verkürzt dar und ist aus völkerrechtlicher Sicht so gut wie nie zutreffend (z. B. Schaller, 2005, 9).6 Von PSMFs wird das Söldner-Etikett aus Imagegründen kategorisch abgelehnt. So fordert die Interessenvertretung International Peace Operations Association (IPOA): «Don't Call Us Mercenaries!» (Messner, 2006) und verwendet die deutlich positiver konnotierte Bezeichnung «Peace and Stability Operations Industry» (z. B. Messner, 2007, 24). Daran wird deutlich, dass die einzelnen Begriffe weder neutral sind noch willkürlich verwandt werden. Doch sie meinen in der Regel alle das Gleiche: Firmen, die – vornehmlich in Konfliktregionen – militärische, polizeiliche und/oder nachrichtendienstliche Tätigkeiten durchführen.

3 Charakteristika der PSMF-Branche

Zwar waren bereits Mitte des 20. Jahrhunderts PSMFs in Konflikten aktiv, doch seit Beginn der 1990er Jahre ist die Anzahl dieser Firmen angestiegen. Um dies darzustellen, wird in der Regel eine ganze Reihe von Zahlen bemüht. So soll sich der Umsatz der PSMF-Branche zwischen 1990 und 2005 von USD 55,6 Milliarden auf USD 105 Milliarden fast verdoppelt haben (Schreier und Caparini, 2005, 2). Was das Zahlenverhältnis von Angehörigen regulärer Streitkräfte zu Angestellten von PSMFs betrifft, so lag dieses nach Schätzungen im Golfkrieg 1991 noch bei 50:1, doch zu Beginn des letzten Irakkrieges 2003 bereits bei 10:1 (Isenberg, 2004a, 7). Im Juli 2007 waren nach Angaben des Verbandes der im Irak operierenden PSMFs, der Private Security Company Association of Iraq (PSCAI), mindestens 60 ausländische

Jene kämpften u.a. im Kongo-Konflikt in den 1960ern unter dem Namen «Les Affreux», die Schrecklichen (vgl. Singer, 2006, 73).

Für einen Überblick über unterschiedliche Formen des Söldnerwesens siehe z. B. Herfried Münkler (2002, 91 ff.) oder Peter W. Singer (2006, 45 ff.).

PSMFs im Irak aktiv (Peter, 2007, 21).⁷ Weltweit gibt es nach Angaben der IPOA über 300 transnational operierende PSMFs (Messner und Gracielli, 2007, 13).⁸

Das Fehlen exakter Zahlen ist hauptsächlich der Intransparenz der Branche geschuldet. Diese hat mehrere Gründe:

- Es handelt sich größtenteils um sensible Informationen, so dass sowohl die Verträge als auch die Einsätze der PSMFs der Geheimhaltung unterliegen und Einzelheiten darüber mit dem Hinweis auf die Sicherheit des Kunden und der Angestellten nicht veröffentlicht werden.
- PSMFs stellen oftmals Subunternehmer ein oder arbeiten selbst als Subunternehmer für ggf. wieder andere Subunternehmer, so dass eine lange und undurchsichtige Vertragskette entstehen kann (Isenberg, 2004a, 16; Schreier und Caparini, 2005, 30).
- Manche Firmen sind gar nicht als solche registriert und arbeiten im Verborgenen. Dies wird durch die niedrige Eintrittsschwelle in den Markt begünstigt. Da Personal und Gerät je nach Bedarf eingekauft werden können, ist nur ein geringes Maß an finanziellen und personellen Ressourcen von Nöten (Herbst, 1999, 120; Singer, 2006, 130).
- Viele, v.a. kleinere Firmen sind sehr mobil und können daher ihren Firmensitz relativ schnell und problemlos verlegen, sich in mehrere Firmen aufspalten, fusionieren und/oder ihren Namen wechseln.

Aus diesen Gründen sind Darstellungen der Branche immer unvollständig. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die PSMF-Branche sehr heterogen ist. Neben den angebotenen Dienstleistungen unterscheiden sich die Firmen u. a. in Hinblick auf ihre Kunden, ihre Größe (z. B. Personalstärke, Umsatz) und ihre Vorgehensweisen (z. B. Rekrutierungspraxis, Öffentlichkeitsarbeit). Die Spanne reicht von auf Seriosität bedachten und an der Börse notierten Firmen bis zu nicht registrierten «fly-by-night companies» (Singer, 2004b). Die Zuordnung einer Firma zum oberen («upscale firms») oder unteren Segment («downscale firms») der Branche ist auf Grund deren Intransparenz jedoch schwierig und oftmals erheblich von der Selbstdarstellung der Firmen beeinflusst.

Neben einem quantitativen Wachstum unterliegt die PSMF-Branche auch qualitativen Veränderungen. Führten PSMFs zu Beginn hauptsächlich Aufgaben zur Unterstützung der Kriegsführung durch, sind sie immer häufiger mit Aufgaben im Rahmen humanitärer Hilfe, (Wieder-)Aufbau-, Statebuilding- und/oder Sicherheitssektor-Reformprogrammen betraut. Die Beauftragung von PSMFs in diesen Kontexten liegt einerseits an der Zurückhaltung westlicher Staaten bei der Entsendung eigener Truppen aus veränderten sicherheitspolitischen Interessen, der

⁷ Aktuellere Angaben waren leider nicht verfügbar. Eine entsprechende Anfrage bei der PSCAI blieb ohne Antwort.

⁸ Die Zahl der rein national operierenden PSMFs liegt weitaus höher.

⁹ Avant (2005, 221), vgl. auch Herbst (1999, 121 ff.).

Angst vor dem Überqueren der «Mogadishu-Line»¹⁰ und groben Fehleinschätzungen der Sicherheitslage, wie im Irak. Andererseits operieren viele NGOs und Unternehmen immer häufiger in gewaltintensiven Regionen und bedürfen des Schutzes für ihre Angestellten und Einrichtungen.

Es lassen sich vier zentrale Tätigkeitsbereiche für PSMFs identifizieren. Erstens werden viele Firmen mit der Durchführung logistischer und technischer Dienstleistungen beauftragt. Die Firma ICI of Oregon flog z. B. im Auftrag des US-Außenministeriums von 1996 bis 1997 Hubschrauber für die UN-Unterstützungsmission auf Haiti (ICI of Oregon, 2008). Zweitens führen PSMFs bewaffneten Personen-, Gebäude- und Konvoischutz für Regierungen, Streitkräfte, IGOs, NGOs und Unternehmen durch, z. B. im Irak. Dort setzte 2003 ein «protective security boom» (Donald, 2006, x) ein. Nachdem die USA die Kampfhandlungen offiziell für beendet erklärt hatten, kam es zu einer Gewalteskalation, im Zuge derer die ausländischen militärischen und zivilen Akteure in steigendem Maße Zielscheibe der Gewalt wurden. Da die Koalitionsstreitkräfte den Schutz der Akteure, die nicht Teil der militärischen Operation sind, jedoch nur begrenzt als ihre Aufgabe ansehen (U.S. GAO, 2005, 10f.), müssen die einzelnen Ministerien der US-Regierung (das sind in erster Linie das Außenministerium und USAID), die Vertreter anderer ausländischer Regierungen, die mit dem Wiederaufbau beauftragten Firmen sowie IGOs und NGOs selbst für ihre Sicherheit sorgen. Daher ist die Durchführung von bewaffneten Schutzdienstleistungen eine der Hauptaufgaben von PSMFs im Irak. Entsprechend machten die Kosten für diese Dienstleistungen 2004 ca. 30% (Weisman und Wright, 2004) und 2007 immer noch 16% (Rosen, 2007) der Kosten für den Wiederaufbau aus.

Der dritte zentrale Aufgabenbereich ist die Beratung und Ausbildung staatlicher Sicherheitsakteure aus den Bereichen Polizei, Militär und Justiz. PSMFs helfen beim Aufbau (z. B. im Irak und in Afghanistan) oder beim Umbau dieser Akteure (z. B. in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes). Ein viertes Aufgabenfeld stellen die Beratung und das Sicherheitsmanagement dar, v. a. die Erstellung von Sicherheitsanalysen und -konzepten für andere Akteure, insbesondere Unternehmen und NGOs. Sicherheitsanalysen können allgemein gehalten und von globalem Umfang sein – so erstellt z. B. die Firma Control Risks mit der «RiskMap» eine jährliche «Weltrisikokarte» – oder je nach Bedarf des einzelnen Kunden auf bestimmte geographische Räume (Stadtviertel, Städte, Länder, Regionen) begrenzt ausfallen. Auf diesen Sicherheitsanalysen aufbauend entwickeln viele PSMFs Sicherheitskonzepte und Notfallpläne für den Fall politischer und militärischer Unruhen. Insbesondere in Konflikt- und Kriegsgebieten operierende Unternehmen greifen auf solche Dienstleistungen zurück.

Der Ausdruck «Mogadishu-Line» bezieht sich auf die Ereignisse in der somalischen Hauptstadt 1993, als unter UN-Mandat stehende US-Truppen in einem humanitären Einsatz von Somalis angegriffen wurden und meint, dass sich Peacekeeping-Truppen durch militärische Angriffe unfreiwillig in eine Konfliktpartei «verwandeln».

Im Kern geht es bei den meisten dieser Aufgaben um Sicherheit. Logistische und technische Aufgaben, bewaffnete Schutzdienstleistungen und Trainingsaufgaben finden zunehmend in (Noch-)Kriegskontexten statt, wie zum Beispiel im Irak und in Afghanistan. Entsprechend ist die Arbeit von PSMFs immer näher an das Kampfgeschehen herangerückt (Singer, 2007, 3). Für den Irak spricht der US-Rechnungshof in diesem Zusammenhang von einem «complex battle space» (U.S. GAO, 2005): PSMFs agieren im selben geographischen Gebiet wie die Koalitionsstreitkräfte, die zivilen Akteure der Regierungen der Koalitionskräfte (insbesondere der US-Regierung), IGOs, NGOs und am Wiederaufbau beteiligte Firmen. Dies führt dazu, dass PSMFs Einfluss auf die Arbeit und die Sicherheitsstrategien dieser Akteure nehmen und die Sicherheitslage im Einsatzgebiet beeinflussen. Im Zuge der Erstellung von Sicherheitsanalysen verändern PSMFs darüber hinaus das Verständnis von Sicherheit, indem sie Bedrohungen und die zum Umgang mit diesen angebrachten Maßnahmen festlegen.

4 PSMFs als «securitizer»

PSMFs bieten Dienstleistungen an, welche die Sicherheit ihrer Kunden erhöhen sollen. Die Beauftragung von PSMFs setzt also voraus, dass deren Kunden erstens eine Bedrohung wahrnehmen und zweitens die Ansicht vertreten, dass PSMFs für genau diese Bedrohung Antworten bieten. Beides suchen PSMFs mittels ihres Diskurses zu erreichen (Leander 2007, 52 f.), der sich in diesem Kontext an den Securitization-Ansatz anbinden lässt. Diesem zu Folge wird ein Sachverhalt erst durch den Sprechakt der «securitization» zu einem sicherheitsrelevanten Sachverhalt (Wæver, 1995, 55 ff.; 2000, 251), d. h. zu einer existentiellen Bedrohung¹¹, die den Einsatz außergewöhnlicher Maßnahmen (u. a. Gewalt) rechtfertigt (Buzan, Wæver und de Wilde, 1998, 23 ff.; Wæver, 2000, 251). Dies setzt wiederum voraus, dass der Akteur, welcher die Bedrohungen konstatiert, d. h. der «securitizer», bei der Zielgruppe seines Diskurses über ausreichend Autorität verfügt, um diese davon zu überzeugen, dass bestimmte (bedrohliche) Sachverhalte eine sofortige Gegenmaßnahme erfordern (Buzan, Wæver und de Wilde, 1998, 31 ff.).¹²

Hierzu verfolgen PSMFs verschiedene Strategien. Erstens betonen sie ihre Kompetenz, indem sie auf die Qualifikation und Kompetenz ihres Personals verweisen. Dieses setzt sich oftmals aus ehemaligen Angehörigen von Streitkräften,

Je nach Referenzakteur (z. B. Individuum, Gruppe, Staat, IGO) und Sektor (z. B. Politik, Umwelt, Wirtschaft), variiert die Bestimmung einer existentiellen Bedrohung (Buzan, Wæver und de Wilde, 1998, 21 ff.).

Erfolgt keine Anerkennung des existentiellen Charakters einer Bedrohung durch die Zuhörerschaft, dann kann nur von einem «securitizing move» gesprochen werden, nicht aber von "securitization" (Buzan, Wæver und de Wilde, 1998, 25).

Nachrichtendiensten oder Polizei(sonder)einheiten wie Drogenbehörden zusammen. ¹³ Zweitens erklären PSMFs immer wieder, dass sie eine Regulierung ihrer Arbeit befürworten, um den Kunden zu versichern, dass sich ihre Mitarbeiter konform zu (inter-)nationalen Normen verhalten. Damit zusammenhängend haben sich – drittens – einige PSMFs und der Verband IPOA Verhaltenskodizes gegeben. Viertens betonen PSMFs immer wieder die gemeinwohlorientierten Ziele ihrer Einsätze, namentlich Sicherheit, Stabilität und Frieden. Fünftens sind vor allem die Verbände wie die IPOA bemüht, die Debatte über PSMFs mitzubestimmen. Die IPOA stellt sich gar als einzig seriöse und wahrhafte Informationsquelle über PSMFs dar, bei gleichzeitiger Diskreditierung aller anderen Quellen. So spricht deren Präsident von "enormous misperceptions and journalistic exaggerations [...] about the peace and stability industry, especially regarding Iraq" (Brooks, 2007, 4). Um diese «Fehlinformationen» zu korrigieren, gibt die IPOA u. a. eine eigene Zeitschrift heraus, das Journal of International Peace Operations. ¹⁴

Derartige Publikationen sowie Aufklärungsarbeit, das Training von Sicherheitsakteuren und die Erstellung von Risikoanalysen ermöglichen es PSMFs, Bedrohungen festzulegen und entsprechende Maßnahmen zum Umgang mit diesen anzubieten. Somit treten sie als «securitizer» auf (Leander, 2003, 9; 2005, 612; 2007, 52; Olsson, 2003). So heißt es auf der Homepage der Firma AKE Group:

The security of your facilities is essential to your operational success. Threats could come from a variety of sources — an oil or mining installation might be at risk from terrorist attack, an office may be targeted by a special interest group or criminal organisation, or an aid agency's operational base may be remote and unprotected.

(AKE Group, 2008a)

Und weiter:

Risk can be reduced – if you know how. AKE has spent over a decade showing multi-national clients how to assess and mitigate risks and stay safe and effective. [...] AKE will look at the challenges you face and provide lasting solutions.

(AKE Group, 2008b)

An diesem Beispiel wird deutlich, dass sowohl die Bedrohungen als auch die Strategien für den Umgang mit diesen von PSMFs individualisiert werden. Abstrakte Bedrohungen wie die eines terroristischen Anschlages werden zu einer konkreten

Bislang fehlt es jedoch an empirischen Studien über das Personal von PSMFs, deren Qualifikation, Motivation und Einstellung.

¹⁴ http://peaceops.com/web/

Bedrohung für den jeweiligen Kunden erklärt (Krahmann, 2008). Dies erfordert wiederum, dass auch die Maßnahmen zum Umgang mit diesen Bedrohungen individualisiert werden. Entsprechend bieten nur wenige PSMFs Dienstleistungen zur Ursachenbekämpfung von Bedrohungen an, wie z. B. die Minenräumung oder die Entwaffnung und Reintegration ehemaliger Kämpfer. Weitaus häufiger werden Dienste angeboten, welche die Wahrscheinlichkeit, dass der Kunde tatsächlich Opfer einer Bedrohung wird, reduzieren, oder zumindest die negativen Folgen eines Anschlages minimieren sollen. Konkret bedeutet dies das Angebot von bewaffnetem Personen-, Gebäude- und Konvoischutz sowie damit verbundenen Abschreckungsmaßnahmen, z.B. durch martialisches Auftreten der PSMF-Angestellten. Dies verwundert nicht, ist es doch die (wahrgenommene) Existenz von Bedrohungen bzw. die (wahrgenommene) Abwesenheit von Sicherheit, die PSMFs Aufträge und somit Einnahmen verschafft (Zedner, 2003, 157). 15 Die Arbeit von PSMFs schreibt sich also in eine «greed»- statt «grievance»-Logik (Berdal und Malone 2000) bzw. die Ökonomisierung von Konflikten ein: Konflikte werden geführt, weil die Akteure daran verdienen und nicht, weil sie politische Ziele verfolgen (z. B. Jean und Rufin, 1999). Dabei tragen PSMFs nicht nur durch die Definition von Bedrohungen und das gleichzeitige Angebot an passenden Antworten zu ihrer eigenen Nachfrage bei (Bernales Ballesteros, 2001, 23; Leander, 2005, 612; Singer, 2006, 368), sondern auch dadurch, dass diese Antworten nur unzureichend sind bzw. zu keiner «absoluten» Sicherheit führen (Zedner, 2003, 157). Es kommt also zu einer bewussten Unterproduktion von Sicherheit bzw. einer Produktion selektiver Sicherheit durch PSMFs (Chojnacki, 2007). Damit ist die Frage nach der Qualität der Sicherheit gestellt.

5 Qualität der Sicherheit

Da PSMFs sich als Dienstleister verstehen, deren Einsätze zu mehr Sicherheit ihrer Kunden führen sollen, bietet es sich an, Sicherheit in diesem Kontext als Gut zu verstehen. Ganz allgemein kann entlang der Kriterien «(un)möglicher Ausschluss vom Konsum» und «(nicht) rivalisierender Konsum» zwischen öffentlichen Gütern einerseits und privaten Gütern andererseits unterschieden werden. Sicherheit als öffentliches Gut steht allen Akteuren gleichermaßen zur Verfügung, unabhängig von deren Anzahl. Des Weiteren kann niemand vom Nutzen der Sicherheit ausgeschlossen werden. Diese idealtypische Darstellung wird dem intakten Zustand des staatlichen Gewaltmonopols zugerechnet, wobei der Staat dafür Sorge zu tragen hat, dass Sicherheit für alle auf seinem Territorium befindlichen Personen gleichermaßen bereitgestellt wird. Auch PSMFs erheben den Anspruch, für Sicherheit zu

Dies gilt im Übrigen nicht nur für Kriegs- oder Konfliktsituationen, sondern auch für die Arbeit von Wach- und Schließgesellschaften in Industriestaaten.

sorgen. Allerdings tun sie dies nicht im Dienste eines Gemeinwesens, sondern einzig, weil sie dafür bezahlt werden. Nur in bestimmten Situationen profitieren alle im jeweiligen Einsatzgebiet befindlichen Akteure von den Maßnahmen der PSMFs, beispielsweise im Falle von Minenräumung, der Entwaffnung ehemaliger Kämpfer oder dem Training staatlicher Sicherheitsakteure. In vielen Fällen profitiert – wenn überhaupt – jedoch nur der zahlende Kunde, zum Beispiel im Falle von Schutzdienstleistungen. Während die Vernichtung von Bedrohungen einem Verständnis von Sicherheit als öffentlichem Gut entspricht, liegt individualisierten Schutz- und Abschreckungsmaßnahmen also ein Verständnis von Sicherheit als privatem Gut zu Grunde (Krahmann 2008, 386 ff.).

Welche Konsequenzen hat dies für das staatliche Gewaltmonopol? In Industriestaaten, allen voran den USA, erfolgt die Beauftragung von PSMFs durch staatliche Akteure freiwillig, weil der Staat bewusst eigene Kapazitäten abgebaut hat und mit der Übertragung bestimmter Aufgaben an die Privaten finanzielle und/oder politische Kosten reduzieren möchte. Da z.B. die US-Regierung in den meisten Fällen eigenständig über die Beauftragung der PSMFs entscheiden kann, leidet die demokratische Kontrolle, sowohl durch die Öffentlichkeit als auch das Parlament (z.B. Avant, 2005, 146 ff.). Doch der Staat hat letztlich immer die Möglichkeit, die eigenen Kapazitäten wieder aufzustocken. Der Einsatz privater Firmen statt staatlicher Kräfte ist somit eine freiwillige, politische Entscheidung.

In den Einsatzgebieten der PSMFs stellt sich die Lage anders dar. Dort werden PSMFs von internationalen Akteuren zwar oft im Rahmen von Statebuilding-Maßnahmen eingesetzt, doch sie können für den Aufbau eines staatlichen Gewaltmonopols hinderlich sein. Erstens können sie in Konkurrenz mit staatlichen Sicherheitsakteuren treten. So blieb Blackwater nach dem Vorfall vom 16. September 2007 auf Druck der US-Regierung im Irak, obwohl die irakische Regierung Blackwater des Landes verweisen wollte. Dies untergräbt den Souveränitätsanspruch der irakischen Regierung. Entsprechend zitiert Peter W. Singer einen irakischen Soldaten: "They [Blackwater, Anm. A.S.] are more powerful than the government. No one can try them. Where is the government in this?" (zit. in Singer, 2007, iv) Zweitens privilegiert der Einsatz von PSMFs indirekt ein exklusives Sicherheitsverständnis und somit private gegenüber staatlichen Sicherheitsakteuren, insbesondere dann, wenn öffentliche Gelder für den Einsatz der Privaten verwandt werden (Kaul et al., 2003; Krahmann, 2005a, 15). Drittens tragen PSMFs auch direkt zur Förderung privater Sicherheitsakteure bei, indem sie mit lokalen Milizen oder Warlords zusammenarbeiten und somit Bemühungen untergraben, diese Gruppen zu entwaffnen, zu demobilisieren und in die Gesellschaft zu reintegrieren (Avant 2007; 186; Isenberg, 2004b; Rimli et al., 2007).

Zudem tragen PSMFs auch zu Unsicherheit in ihren Einsatzgebieten bei, obwohl ihre Einsätze die Erhöhung des Sicherheitsniveaus zum Ziel haben. Grundlegend hierfür ist der exklusive Charakter der Sicherheitsdienstleistungen der Privaten.

6 Unsicherheit statt Sicherheit

Die Durchführung beispielsweise von Schutzfunktionen zur Erhöhung der Sicherheit einzelner Akteure kann zur Unsicherheit für die von diesem Schutz ausgeschlossenen Akteure führen. Jene können sich – subjektiv – unsicherer fühlen und/oder – objektiv - zunehmend Ziel von Gewalt werden. Die Trennlinie ist dabei meist finanzieller Natur, wobei die Akteure, die sich Schutz leisten können, oft aus dem Ausland kommen und es die lokalen Akteure sind, die schutzlos bleiben (Singer, 2004a, 17). Dabei nehmen PSMFs auch ganz bewusst in Kauf, beim Schutz ihres Kunden die Sicherheit anderer Akteure zu beeinträchtigen. So äußert sich ein PSMF-Mitarbeiter im Irak: "Our mission is to protect the principal at all costs. If that means pissing off the Iraqis, too bad." (zit. in Fainaru, 2007b) Hier wird der Unterschied zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsakteuren deutlich. Im Gegensatz zum regulären Militär werden PSMFs nur dafür bezahlt, dass sie beispielsweise eine Person oder Güter sicher von A nach B bringen, nicht aber dafür, wie sie dabei vorgehen (Singer, 2007, 6). Auch die mittel- und langfristigen Konsequenzen z. B. für das Statebuilding spielen für das Handeln von PSMF-Mitarbeitern keine Rolle, im Gegensatz zu staatlichen Streitkräften. So unterscheidet der Director of Business Development der Firma Falcon Group klar zwischen der Pflicht der regulären Streitkräfte im Irak "to secure supply routes, maintain peace and seek out and destroy insurgents and criminals" (Christopher, 2006, 9) und der Aufgabe von PSMFs «to protect our clients and their property» (ebd.). Was den Schutz der Zivilbevölkerung dabei betrifft, macht er folgende Aussage: "The military has an obligation to protect them; private contractors have no such positive obligation." (ebd.) Trotz allem werden PSMFs von externen Akteuren zunehmend mit Statebuilding-Aufgaben betraut, z. B. im Bereich der Polizistenausbildung. Gründe für diesen Widerspruch sind sicherlich fehlende Kapazitäten bei den am Wiederaufbau beteiligten westlichen Akteuren, deren innenpolitische Zwänge sowie möglicherweise eine Ignoranz gegenüber langfristigen Risiken. Vor diesem Hintergrund werden an Einsätzen von PSMFs im Irak und in Afghanistan schlaglichtartig Gründe aufgezeigt, warum der Einsatz dieser Firmen zu Unsicherheit und gar zu mehr Gewalt führen kann.

Da die Einsätze von PSMFs immer näher an das Kampfgeschehen heranrücken, sind PSMF-Mitarbeiter immer häufiger bewaffnet. Die Bewaffnung reicht von halb-automatischen Handfeuerwaffen über Maschinengewehre, Tränengas, Handgranaten bis zu Panzerabwehrraketen (Bergner, 2005; Rimli et al., 2007, 20; Risen, 2008). Für Afghanistan hat eine Studie der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace festgestellt, dass bereits die bloße Tatsache, dass PSMF-Mitarbeiter Waffen tragen, bei der lokalen Bevölkerung im Einsatzgebiet ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen und/oder verstärken kann (Rimli et al., 2007, 33). PSMF-Angestellte setzen ihre Waffen aber auch ein – sei es nur zur Selbstverteidigung – und tragen somit zu mehr Gewalt bei. Im Irak war Blackwater von 2005 bis Oktober 2007 in

mindestens 195 Schusswechsel verwickelt. Dabei gab es mindestens 16 Todesfälle (U.S. Kongress. 2007, 1 f.). Dies sind jedoch nur die von Blackwater registrierten Fälle. Es wird vermutet, dass die Dunkelziffer bis zu viermal höher liegt (Fainaru, 2007a).

Vor allem Blackwater-Mitarbeitern im Irak wird immer wieder vorgeworfen, wahllos Gewalt einzusetzen und dabei Zivilisten zu töten. Die Angestellten dieser und anderer «Rambo»- oder «Cowboy»-PSMFs sollen gelegentlich ihre Umgebung durch das wahllose Abfeuern von Maschinengewehrsalven «sichern» (Finer, 2005; Miller, 2005; Singer, 2007, 6). Opfer sind dabei nicht nur in der irakischen Zivilbevölkerung, sondern auch in den Kreisen der PSMFs zu beklagen. Zu Schießereien zwischen einzelnen PSMFs kommt es zum einen, weil die einzelnen Firmen nur bedingt kooperieren – schließlich erhoffen sie sich durch Informationsvorsprünge eine Umsatzsteigerung. Zum anderen sind die PSMF-Angestellten unterschiedlich gekleidet und auch ihre Wagen und ihr Gerät verfügen über keine einheitliche Kennzeichnung (Hammes, 2005; Seelentag, 2006, 33). Somit sind die Mitarbeiter von PSMFs nicht immer in der Lage, eine Situation als bedrohlich oder als harmlos einzuschätzen bzw. zu erkennen, ob es sich bei vorbeifahrenden Konvois um Kollegen oder Aufständische handelt. Dies gilt auch für Soldaten der regulären Streitkräfte. Vor allem in der ersten Hälfte des letzten Irakkrieges, von 2003 bis 2005, waren die US-Streitkräfte nicht auf eine Zusammenarbeit mit PSMFs vorbereitet und oftmals noch nicht einmal über deren Anwesenheit in ihrem Einsatzgebiet informiert. Dies lag hauptsächlich daran, dass man nicht mit einer derart hohen Anzahl von PSMFs im Irak gerechnet hatte. Infolgedessen kam es wiederholt zu Schusswechseln zwischen den US-Streitkräften und PSMF-Angestellten (U.S. GAO, 2005; Broder und Risen, 2007; Miller, 2005). Auch der lokalen Bevölkerung im Einsatzgebiet fällt es oft schwer, PSMF-Angestellte als solche zu identifizieren bzw. zwischen regulären internationalen Streitkräften und ausländischen PSMFs zu unterscheiden (Singer, 2007, 9). Daher richtet sich die durch den (willkürlichen) Einsatz von Gewalt durch PSMFs geschürte Gegengewalt nicht nur gegen die PSMFs, sondern auch gegen die regulären ausländischen Streitkräfte (Finer, 2005; Singer, 2007, iii f.).

Da im Irak und in Afghanistan PSMFs, die bewaffnete Schutzdienstleistungen durchführen, sowohl für die regulären Streitkräfte, v.a. die der USA, als auch für zivile Akteure wie NGOs, mit dem Wiederaufbau beauftragte Unternehmen, IGOs sowie ausländische Regierungen und deren Vertretungen arbeiten, verschwimmt in der Wahrnehmung großer Teile der lokalen Bevölkerung zudem die Grenze zwischen militärischen Peace-Enforcement-Operationen, humanitärer Hilfe und Maßnahmen des Wiederaufbaus bzw. zwischen militärischen und zivilen Akteuren und Zielen (Bjork und Jones, 2005, 778 ff.; Rimli et al., 2007). Wenn z. B. die Angestellten eines Unternehmens, das mit dem Ausbau einer Straße betraut ist, von bewaffneten PSMF-Angestellten bewacht werden, dann ist diese zivile Wiederaufbaumaßnahme nicht unbedingt als solche erkennbar. Noch dazu, wenn PSMFs (es müssen nicht

dieselben sein) in anderen Situationen militärische Konvois begleiten oder regulären Streitkräften bei Übergriffen Schützenhilfe leisten (Barstow, 2004; Bjork und Jones, 2005, 784 ff.). Somit können PSMFs zivile Akteure in potentielle Angriffsziele verwandeln, was zu einem Anstieg der Gewalt gegen jene Akteure führt, obwohl PSMFs eigentlich zu ihrem Schutz vor Ort sind. Dadurch rechtfertigen PSMFs bisherige und vor allem weitere Einsätze (Bjork und Jones, 2005, 789; Rimli et al., 2007, 33). Die Unsicherheit und der sich daraus ergebende Bedarf an PSMFs werden somit zur «self-fulfilling prophecy».

Des Weiteren sind die PSMF-Mitarbeiter für die Arbeit in gewaltintensiven und komplexen Situationen nicht unbedingt ausreichend qualifiziert. Zwar betonen viele Firmen die Qualifikation ihrer Mitarbeiter, doch erstens sind es die Firmen selbst, welche die entsprechenden Standards setzen und zweitens wird diese Qualifikation nicht immer überprüft. Dies gilt insbesondere in Zeiten hohen Personalbedarfs, wie während des «protective security booms» im Irak. Ein Bericht des Special Inspector General for Iraq Reconstruction (SIGIR), die mit dem Monitoring des Wiederaufbauprogramms der USA beauftragte Nachfolgeinstitution der Übergangsverwaltung, kommt z. B. zu dem Ergebnis, dass die Firma Aegis Defence Services im Rahmen ihres Auftrags über das Sicherheitsmanagement für das Wiederaufbauprogramm nicht nachweisen konnte, dass sie ihre irakischen Angestellten ausreichend überprüft hatte: «As a result, there is no assurance that Iraqi national employees do not pose an internal security threat.» (SIGIR, 2005, 5) Doch PSMFs beeinflussen nicht nur die Sicherheitslage im Einsatzgebiet, sondern auch die Vorgehensweisen der anderen dort arbeitenden Akteure.

7 Beeinflussung der Arbeit anderer Akteure

Auf welche Art und Weise PSMFs die Arbeit anderer Akteure im Einsatzgebiet beeinflussen, wird hier zum einen für die regulären ausländischen Streitkräfte, zum anderen für humanitäre Akteure dargestellt. Was letztere betrifft, so beeinflussen PSMFs sowohl deren alltägliche Arbeit als auch ihre Sicherheitsstrategien. Humanitäre Hilfsakteure bewegen sich in einem so genannten «Security Triangle» zwischen Akzeptanz, Schutz und Abschreckung (Martin, 1999; Van Brabant, 1998), favorisieren jedoch eine Strategie der Akzeptanz durch die lokale Bevölkerung. PSMFs verkörpern hingegen eine Strategie des Schutzes und/oder der Abschreckung (Makki, 2001, 2). Ein humanitärer Helfer in Afghanistan bringt diesen Unterschied folgendermaßen auf den Punkt: PSMFs "feel the need to carry guns at all time; they perceive Afghans as potential enemies while we see them as potential friends" (zit. in Renouf, 2007, 9). PSMFs profitieren dabei davon, dass humanitäre Akteure immer häufiger in Konflikt- und Kriegsgebieten arbeiten und eine auf Akzeptanz beruhende Strategie dort auf Grund des hohen Gewaltniveaus nicht immer umsetzbar ist (Martin, 1999).

Inwiefern PSMFs für eine entsprechende Interpretation bestimmter Situationen im Sinne von «Securitization» werben, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Eine Strategie des Schutzes und/oder der Abschreckung unter Einsatz von PSMFs stellt jedoch grundsätzliche Prinzipien humanitärer Arbeit in Frage. Die Arbeit von PSMFs für militärische, politische und/oder wirtschaftliche Akteure im Einsatzgebiet sowie die Bewaffnung von PSMF-Personal können die Neutralität der von ihnen beschützten humanitären Akteure gefährden und diese in den Augen lokaler Akteure als Teil einer Konfliktpartei erscheinen lassen (Boemcken, 2007, 267; Makki, 2001, 4 f.). Im Ergebnis können PSMFs statt zu einem Schutz humanitärer Akteure zu Angriffen auf diese beitragen (Makki, 2001, 5). Doch selbst wenn humanitäre Akteure nicht selbst PSMFs unter Vertrag nehmen, so müssen sie im Einsatzgebiet oftmals mit diesen zusammenarbeiten, zum Beispiel wenn PSMFs Infrastruktureinrichtungen wie Straßen oder Flughäfen bewachen, die humanitäre Akteure nutzen wollen. Dies macht standardisierte Regeln für den Umgang miteinander notwendig. Bislang fehlen diese jedoch. Des Weiteren kann die Entscheidung einer NGO, eine private Firma zu ihrem Schutz zu beauftragen, die Sicherheit anderer NGOs im Einsatzgebiet, die sich bewusst gegen die Beauftragung von PSMFs entschieden haben, beeinträchtigen, da diese somit ein leichteres und ggf. häufigeres Ziel von Übergriffen bewaffneter Konfliktparteien werden (Renouf, 2006, 3). Bisher gibt es jedoch kaum empirische Studien über die Zusammenarbeit von humanitären Hilfsakteuren und PSMFs im Allgemeinen sowie die Strategien humanitärer Hilfsakteure im Umgang mit diesen Firmen und die Auswirkungen einer Kooperation auf die Inhalte humanitärer Hilfe im Einzelnen. Erste Ansätze finden sich bei Boemcken (2007) und Renouf (2007). Hier bedarf es noch weiterer Studien.

Ausländische Streitkräfte können sich gezwungen sehen, ihre militärische Strategie auf Grund des (unkoordinierten) Vorgehens von PSMFs zu verändern. Der bekannteste Vorfall, der ein Umdenken der US-Streitkräfte im Irak zur Folge hatte, war der Blackwater-Zwischenfall im März 2004 in Falludscha. Die Blackwater-Mitarbeiter waren damals ohne das Wissen der zuständigen US-amerikanischen Truppen in Falludscha unterwegs, obwohl eine Koordination mit letzteren vor Ort möglich gewesen wäre (Toolan, 2005). Ursprünglich wollten sich die US-Streitkräfte auf Grund der vielen Angriffe auf sie aus Falludscha zurückziehen und es den lokalen Autoritäten überlassen, für Sicherheit und Stabilität in der Stadt zu sorgen. Doch der Angriff auf die vier Blackwater-Mitarbeiter bewog die US-Streitkräfte zu einer 180-Grad-Wende und somit zu einem offensiveren Vorgehen gegen die Aufständischen (ebd.). Diese neue Strategie forderte viele zivile Opfer, zerstörte einen großen Teil der Infrastruktur in Falludscha und verschlechterte das Verhältnis zwischen den US-Truppen und der irakischen Bevölkerung (Seelentag, 2006, 64; Toolan, 2005).

Doch auch wenn PSMF-Angstellte keine Einzelgänge unternehmen und einzig ihren Job machen, können sie die Ziele ihres Auftraggebers untergraben. So

stellte der inzwischen pensionierte Oberst Thomas X. Hammes, der im Irak diente, bezüglich des Schutzes Paul Bremers durch Blackwater fest:

The problem is in protecting the principal they [Blackwater, A.S.] had to be very aggressive, and each time they went out they had to offend locals, forcing them to the side of the road, being overpowering and intimidating, at times runnig vehicles off the road, making enemies each time they went out. So they were actually getting our contract exactly as we asked them to and at the same time hurting our counterinsurgency effort.

(Hammes, 2005)

Der Blackwater-Vorfall vom 16. September 2007 brachte hingegen nicht so sehr das US-Militär, sondern die US-Regierung unter erheblichen Zugzwang und führte gar dazu, dass die US-amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice dem irakischen Premierminister telefonisch ihr Bedauern über die Vorfälle ausdrückte (Tavernise, 2007).

8 Ausblick

Angesichts der dargelegten Entwicklung stellt sich die Frage nach dem weiteren Umgang mit PSMFs. Ein generelles Verbot von PSMFs ist weder wahrscheinlich noch sinnvoll (Holmqvist, 2005, 42). Zum einen ist nicht zu erwarten, dass Staaten wie die USA, die in zahlreichen Fällen von PSMFs abhängig sind (Bsp. Blackwater), sich selbst einschränken werden (Wulf, 2005, 204). Zum anderen ist zumindest mittelfristig nicht absehbar, dass die Nachfrage nach PSMFs verschwinden wird. Ein Verbot würde die Firmen jedoch in die Illegalität treiben, wo sie noch schwerer zu kontrollieren sind. Dennoch sollte es den Firmen nicht weiterhin selbst überlassen bleiben zu entscheiden, welche Dienstleistungen sie auf welche Art und Weise durchführen. Im Gegenteil, zahlreiche Autoren sprechen sich für eine striktere Kontrolle und Regulierung von PSMFs aus. Bislang gibt es nur in einigen wenigen Staaten entsprechende Gesetze. Es wäre jedoch dringend notwendig, dass die Heimatländer der PSMFs, d. h. die Länder, in denen PSMFs registriert sind und/oder von denen aus sie operieren, die Einsatzländer und die Auftrag gebenden Länder entsprechende Gesetze verabschieden. Um effektiv zu sein, müssten diese Gesetze aufeinander abgestimmt sein. Die Schweizer Initiative, ein vom Roten Kreuz und der schweizer Regierung ins Leben gerufenes zwischenstaatliches Dialogforum ist ein erster Schritt zu einer harmonisierten nationalen Gesetzgebung. Dessen Abschlussdokument (Schweizer Initiative, 2008) betont zwar die Staatenverantwortlichkeit für das Handeln der PSMFs und formuliert 70 Vorschläge (best practices) zum Umgang mit diesen Firmen, aber diese sind nicht rechtlich bindend.

Wie wahrscheinlich ist nun die Etablierung einer (strikteren) Gesetzgebung auf nationaler Ebene? In den Heimatstaaten und Auftrag gebenden Ländern wie den USA fehlt es an einem politischen Willen hierzu, da die Regierung in zahlreichen Fällen gerade von der Unreguliertheit profitiert. So können z. B. politisch schwer vermittelbare Aufgaben an die Privaten übertragen werden, ohne sich dafür vor der Öffentlichkeit oder dem Parlament verantworten zu müssen. In den Einsatzländern wie Afghanistan oder dem Irak hingegen, ist eine strikte Kontrolle dieser Firmen von den lokalen Akteuren zwar politisch gewollt, aber auf Grund der schwachen staatlichen Institutionen nicht effektiv durchsetzbar. Daher müssten dort auch internationale sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure an der Kontrolle und Regulierung von PSMFs beteiligt werden. Aus diesem Grund sind solche Initiativen wie die Schweizer Initiative notwendig, weil sie deutlich machen, dass sich auch die Auftrag gebenden Staaten nicht aus ihrer Verantwortung stehlen können. Sie dürften jedoch nicht ausreichend sein, um die negativen Auswirkungen der Einsätze von PSMFs zu verhindern. Bislang ist aber kein wirksames Instrument hierzu in Sicht. Insgesamt entsteht der Eindruck, als würde vor allem die Politik darauf hoffen, dass es sich nur um ein zeitlich begrenztes Phänomen handelt, welches ähnlich den Condottieri von der Geschichte überholt wird, aber bis dahin mehr Nutzen als Schaden bringt. Ein Gemeinwesen sollte es jedoch nicht ökonomisch motivierten Akteuren überlassen zu bestimmen, was Sicherheit ist und wie diese erreicht werden kann und dabei das hart erkämpfte staatliche Gewaltmonopol leichtfertig aushöhlen.

9 Literaturverzeichnis

- AKE Group. 2008a. Review. Location security audit. 09 October 2008 (http://www.akegroup.com/review.htm).
- AKE Group. 2008b. The AKE Group. 09 October 2008 (http://www.akegroup.com/).
- Avant, Deborah. 2005. *The Market for Force. The Consequences of Privatizing Security.* Cambridge et al.: Cambridge University Press.
- Avant, Deborah. 2007. «The emerging market for private military services and the problems of regulation.» In Simon Chesterman and Chia Lehnardt (Eds.), From Mercenaries to Market. The Rise and Regulation of Private Military Companies. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Baldwin, David A. 1997. The concept of security. Review of International Studies, 23(1): 5-26.
- Barstow, David. 2004. Security Companies: Shadow Soldiers in Iraq. *The New York Times*, 19 April. 20 October, 2008 (http://www.nytimes.com/2004/04/19/international/middleeast/19SECU.html?ei=5007&en=98ef1377bf78c19d&ex=1397707200&partner=USERLA&pagewanted=print&position=)
- Berdal, Mats and David M. Malone. 2000. *Greed & Grievance: economic agendas in civil wars.* Boulder, Colo. (et al.): Rienner.
- Bergner, Daniel. 2005. IRAQ: The Other Army. *The New York Times*, 14 August. 20 October, 2008 (http://www.corpwatch.org/article.php?id=12542).

Bernales Ballesteros, Enrique. 2001. Report on the question of the use of mercenaries as a means of violating human rights and impeding the exercise of the right of peoples to self-determination. E/CN.4/2001/19. 11 January 2001, 31 May 2008 (http://www.unhchr.ch/Huridocda/Huridoca. nsf/0/b6e7abef3d39af97c1256a140059c839/\$FILE/G0110170.doc).

- Bjork, Kjell, Richard Jones (2005). Overcoming Dilemmas Created by the 21st Century Mercenaries: conceptualising the use of private security companies in Iraq. *Third World Quaterly*. 26(4–5): 777–796.
- Boemcken, Marc von. 2007. «Liaisons Dangereuses: The Cooperation between Private Security Companies and Humanitarian Aid Agencies.» In Thomas Jäger and Gerhard Kümmel (Eds.), *Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Broder, John M., James Risen. 2007. Armed Guards in Iraq Occupy a Legal Limbo. *The New York Times*, 20 September, 20 October, 2008 (http://www.nytimes.com/2007/09/20/world/middleeast/20blackwater.html?pagewanted=print).
- Brooks, Doug. 2007. A New Congress Facing Old Challenges. Accountability in the Peace and Stability Industry Continues to be Critically Important. *Journal of International Peace Operations* 2(4): 4. 27 June 2008 (http://ipoaonline.org/en/journal/journal_2007_0102.pdf).
- Bryden, Alan and Marina Caparini (Eds.). 2006. Private Actors and Security Governance. Wien et al.: LIT.
- Buzan, Barry and Ole Wæver and Jaap de Wilde. 1998. Security. A New Framework for Analysis. Boulder, London: Lynne Rienner.
- Chojnacki, Sven. 2007. «(Un-)Sicherheit, Gewalt und Governance theoretische Herausforderungen für die Sicherheitsforschung.» In Marianne Beisheim and Gunnar Folke Schuppert (Eds.) *Staatszerfall und Governance*. Baden Baden: Nomos.
- Chojnacki, Sven, Željko Branovi (2007). Privatisierung von Sicherheit? Formen von Sicherheits-Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Sicherheit und Frieden, 25(4): 163–169.
- Christopher, Paul. 2006. Civilian Contractors: Ethical and Legal Parameters. A Firs-Hand Account of Relations Between Contractors, the Military and Civilian Iraqis. *Journal of International Peace Operations*. 2(2). 31 March 2008 (http://ipoaonline.org/en/journal/journal_2006_0910.pdf).
- Deitelhoff, Nicole and Anna Geis. 2007. «Warum Reformen nicht allein an Effektivitätssteigerung gemessen werden sollten. Das Beispiel der Sicherheitspolitik.» In Klaus Dieter Wolf (Eds.), Staat und Gesellschaft fähig zur Reform? 23. wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos.
- Donald, Dominick. 2006. After the Bubble. British Private Security Companies After Iraq. London: RUSI.
- Fainaru, Steve. 2007a. Guards in Iraq Cite Frequent Shootings. Washington Post, 3 October. 20 October, 2008 (http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/10/02/AR2007100202456_pf.html).
- Fainaru, Steve. 2007b. Where Military Rules Don't Apply. *Washington Post*, 20 September. 20 October, 2008 (http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/09/19/AR2007091902503_pf.html).
- Finer, Jonathan. 2005. Security Contractors in Iraq Under Scrutiny After Shootings. *Washington Post*, 10 September. 20 October, 2008 (http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/09/09/AR2005090902136_pf.html).
- Hammes, Thomas X. 2005. Interview, 21 March. 20 October 2008 (http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/warriors/interviews/hammes.html).
- Herbst, Jeffrey. 1999. «The Regulation of Private Security Forces.» In Greg Mills and John Stremlau (Eds.), *The Privatisation of Security in Africa*. Johannesburg: The South African Institute of International Affairs.

- Holmqvist, Caroline. 2005. Private Security Companies. The Case for Regulation. SIPRI Policy Paper No. 9. 20 October 2008 (http://editors.sipri.se/pubs/SIPRI_PolicyPaper9.pdf).
- Hough, Peter. 2004. Understanding Global Security. London, New York: Routledge.
- ICI of Oregon. 2008. Haiti: Peacekeeping Support. 31 March 2008 (http://www.icioregon.com/haiti. htm).
- IPOA. 2008. Current IPOA Corporate Membership List. 09 October 2008 (http://ipoaworld.org/eng/currentmembers.html).
- Isenberg, David. 2004a. A Fistful of Contractors: The Case for a Pragmatic Assessment of Private Military Companies in Iraq. 20 October 2008 (http://www.basicint.org/pubs/Research/2004PMC.pdf).
- Isenberg, David. 2004b. Corporate Mercenaries. Part 1: Profit comes with a price. *Asia Times online*, 19 May. 6 February, 2007 (http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/FE19Ak01.html).
- Jäger, Thomas and Gerhard Kümmel (Eds.). 2007. Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jean, François and Jean-Christophe Rufin (Eds.). 1999. Ökonomie der Bürgerkriege. Hamburg: Hamburger Ed.
- Johnston, David and John M. Broder. 2007. F.B.I. Says Guards Killed 14 Iraqis Without Cause. *The New York Times*, 14 November. 20 October, 2008 (http://www.nytimes.com/2007/11/14/world/middleeast/14blackwater.html?ei=5088&en=baf513ff1e78a9fd&ex=1352696400&partner=rssnyt&emc=rss&pagewanted=print).
- Kaul, Inge; Pedro Conceição; Katell Le Goulven; Ronald U. Mendoza. 2003. «Wie die Versorgung mit globalen öffentlichen Gütern verbessert werden kann.» In Inge Kaul and Pedro Conceição and Katell Le Goulven and Ronald U. Mendoza (Eds.), Zusammenfassung. Die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter. Globalisierung gestalten. Veröffentlicht für UNDP, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen. New York, Oxford: Oxford University Press.
- Krahmann, Elke. 2005a. Security: Collective Good or Commodity? ISA Annual Convention 1–5 March 2005, Honolulu. 18 May 2008 (http://convention2.allacademic.com/one/isa/isa05/index.php? cmd=Download+Document&key=unpublished_manuscript&file_index=2&pop_up=true&no_click_key=true&attachment_style=attachment&PHPSESSID=c1262cf625d982f7738d02752 7e8ee38).
- Krahmann, Elke. 2005b. Security governance and the private military industry in Europe and North America. *Conflict, Security & Development*, 5(2): 247–268.
- Krahmann, Elke. 2006. Regional Organizations: What Role for the EU? Presentation held at the Expert Workshop for the Swiss Initiative with the International Committee of the Red Cross with regard to Private Military / Security Companies, 16–17 January 2006, Zurich, Switzerland. 20 October 2008 (http://www.dv.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/topics/intla/humlaw.Par.0017. File.tmp/PMSCsPraesentationen-regionalOrganizations-role-eu.pdf).
- Krahmann, Elke. 2007. «Transitional states in search of support. Private military companies and security sector reform.» In Simon Chesterman and Chia Lehnardt (Eds.), From Mercenaries to Market. The Rise and Regulation of Private Military Companies. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Krahmann, Elke. 2008. Security: Collective Good or Commodity? European Journal of International Relations. 14(3): 379–404.
- Ladurner, Ulrich. 2007. Blutige Willkür der Söldner. Die Zeit, 27. September.
- Leander, Anna. 2003. The Commodification of Violence, Private Military Companies, and African States. 28 October 2005 (http://www.ciaonet.org/wps/lea10/lea10.pdf).
- Leander, Anna. 2005. The Market for Force and Public Security: The Destabilizing Consequences of Private Military Companies. *Journal of Peace Research*. 42(5): 605–622.

Leander, Anna. 2007. «Regulating the role of private military companies in shaping security and politics.» In Simon Chesterman and Chia Lehnardt (Eds.), From Mercenaries to Market. The Rise and Regulation of Private Military Companies. Oxford. New York: Oxford University Press.

- Makki, Sami. 2001. The Politicisation of Humanitarian Action and Staff Security: The Use of Private Security Companies by Humanitarian Agencies. International Workshop Summary Report. Tufts University, Boston, Massachusetts, USA 23/24 April 2001. 17 August 2006 (http://www.international-alert.org/publications/getdata.php?doctype=Pdf&id=104).
- Mandel, Robert. 2001. The Privatization of Security. Armed Forces & Society, 28(1): 129-151.
- Martin, Randolph. 1999. NGO field security. *Forced Migration*. 20 October 2008 (http://www.fmreview.org/FMRpdfs/FMR04/fmr401.pdf).
- Messner, J.J. 2006. Don't call us mercenaries! 18 May 2008 (http://ipoaonline.org/php/index. php?option=com_content&task=view&id=54&Itemid=82).
- Messner, J.J. 2007. What's in a Name? The Importance of Language for the Peace and Stability Operations Industry. *Journal of International Peace Operations* 2(6): 24. 25 June 2007 (http://ipoaonline.org/journal/images/journal_2007_0506.pdf).
- Messner, J. J. and Ylana Gracielli. 2007. State of the Peace and Stability Operations Industry. Second Annual Survey 2007. 20 October 2008 (http://peaceops.org/poi/images/stories/poi_rp_industrysurvey2007.pdf).
- Meyers, Reinhard. 1994. Begriffe und Probleme des Friedens. Opladen: Leske + Budrich.
- Miller, Christian T. 2005. Private Security Guards Operate with Little Supervision. Los Angeles Times, 4 December. 20 October, 2008 (http://www.globalpolicy.org/security/issues/iraq/reconstruct/2 005/1204supervision.htm).
- Münkler, Herfried. 2002. Die neuen Kriege. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Musah, Abdel-Fatau und J. 'Kayode Fayemi. 2000. Mercenaries. An African Security Dilemma. London: Pluto Press.
- O'Brien, Kevin. 2007. «What should and what should not be regulated?» In Simon Chesterman and Chia Lehnardt (Eds.): From Mercenaries to Market. The Rise and Regulation of Private Military Companies. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Olsson, Christian. 2003. Vrai procès et faux débats: perspectives critiques sur les argumentaires de légitimation des entreprises de coercition para-privées. *Cultures & Conflits*. 52(4): 11–48.
- Percy, Sarah. 2006. Regulating the Private Security Industry. London, New York.
- Peter, Lawrence T. 2007. Iraq Heads Up as Summer Approaches. Despite the Temperature and Violence, Reconstruction Goes On. *Journal of International Peace Operations* 3(1): 21, 14 November 2007 (http://ipoaonline.org/journal/images/journal_2007_0708.pdf).
- Petersohn, Ulrich. 2006. Die Nutzung privater Militärfirmen durch US-Streitkräfte und Bundeswehr. Berlin: SWP.
- Renouf, Jean S. 2006. The Impact of Security Privatization on Humanitarian Action. 20 October 2008 (http://www.strategische-studien.com/uploads/media/J.S.Renouf_-_The_Impact_of_security_privatization_on_humanitarian_action_-_Translation.pdf).
- Renouf, Jean S. 2007. Humanitarian actors' risk management in complex environments: are private security companies a solution? 10 March 2008 (http://www.sgir.org/archive/turin/uploads/Renouf-jsrenouf%20-%20Humanitarian%20risk%20management%20in%20complex%20 environments.pdf).
- Rimli, Lisa, Susanne Schmeidel, Ulrike Joras and Adrian Schuster. 2007. Private Security Companies and Local Populations. An exploratory study of Afghanistan and Angola, November. 20 October 2008 (http://www.swisspeace.ch/typo3/fileadmin/user_upload/pdf/PSC_01.pdf).

- Risen, James. 2008. 2005 Use of Gas by Blackwater Leaves Questions. *The New York Times*, 10 January. 20 October, 2008 (http://www.nytimes.com/2008/01/10/world/middleeast/10blackwater.html?_r = 2&sq=Blackwater&oref=slogin&scp=2&pagewanted=print&oref=slogin).
- Rosen, Nir. 2007. Security Contractors: Riding Shotgun With Our Shadow Army in Iraq. *Mother Jones*, 24 April. 20 October, 2008 (http://www.motherjones.com/cgi-bin/print_article.pl?url=http://www.motherjones.com/news/feature/2007/05/iraq_contractors.html).
- Ruf, Werner. 2003. «Private Militärische Unternehmen.» In Werner Ruf (Eds.), *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg.* Opladen: Leske + Budrich.
- Schaller, Christian. 2005. Private Sicherheits- und Militärfirmen in bewaffneten Konflikten. Völkerrechtliche Einsatzbedingungen und Kontrollmöglichkeiten, 20 October 2008 (http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=1387).
- Schreier, Fred and Marina Caparini. 2005. Privatising Security: Law, Practice and Governance of Private Military and Security Companies. Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF), Occasional Paper No 6. 20 October 2008 (http://www.smallarmssurvey.org/files/portal/issueareas/security/security_pdf/2005_Schreier_Caparini.pdf).
- Schweizer Initiative. 2008. Montreux Document on Pertinent International Legal Obligations and Good Practices for States related to Operations of Private Military and Security Companies during Armed Conflict. 12 October 2008 (http://www.eda.admin.ch/etc/medialib/downloads/edazen/topics/intla/humlaw.Par.0056.File.tmp/Montreux%20Document.pdf).
- Schweizerischer Bundesrat. 2005. Bericht des Bundesrates zu den privaten Sicherheits- und Militärfirmen. 2. Dezember, 20 October 2008 (http://www.admin.ch/ch/d/ff/2006/623.pdf).
- Seelentag, Paul. 2006. Rebuilding Iraq: Private Sicherheitsfirmen und reguläre Streitkräfte. Köln. (Kölner Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 18/2006). 8. December 2006 (http://www.politik.uni-koeln.de/jaeger/downloads/seelentag.pdf).
- SFB 700. Governance in Räumen begrenzter Staatslichkeit. Neue Formen des Regierens.
- SIGIR. 2005. Office of the Special Inspector General for Iraq Reconstruction: Audit Report: Compliance with Contract No. W911S0-04-C-0003 Awarded to Aegis Defence Services Limited. Report Number 05–005. 20. April 2005, 21 October 2008 (http://www.sigir.mil/reports/pdf/audits/SIGIR_Audit-Compliance_Contract_Aegis.pdf).
- Singer, Peter Warren. 2003. Corporate Warriors: The Rise of the Privatized Military Industry. Ithaca: Cornell Univ. Press.
- Singer, Peter Warren. 2004a. Should humanitarians use private military services? *Humanitarian Affairs Review*. Sommer 2004. S. 14–17. 03 February 2007 (http://www.brookings.edu/views/articles/fellows/singer20040628.pdf).
- Singer, Peter Warren. 2004b. The Privatized Military The Unmonitored, Unregulated and Unchecked Global Growth of Private Military Firms. Interview with Peter W. Singer. 31 March 2008 (http://multinationalmonitor.org/mm2004/04march/march04interviewsinger.html).
- Singer, Peter Warren. 2006. Die Kriegs-AGs. Über den Aufstieg der privaten Militärfirmen. Frankfurt a.M.: Zweitausendeins.
- Singer, Peter Warren. 2007. Can't Win With 'Em, Can't Go To War Without 'Em: Private Military Contractors and Counterinsurgency. Foreign Policy at Brookings Policy Paper Number 4, September. 9 October 2007 (http://www3.brookings.edu/fp/research/singer200709.pdf).
- Tavernise, Sabrina. 2007. U.S. Contractors Banned by Iraq Over Shootings. *The New York Times*, 18 November. 20 October, 2008 (http://www.nytimes.com/2007/09/18/world/middleeast/18iraq. html?_r=1&pagewanted=print&oref=slogin).
- Toolan, John. 2005. Interview, 4 April. 31 March 2008 (http://www.pbs.org/wgbh/pages/frontline/shows/warriors/interviews/toolan.html).
- U.S. GAO. 2005. Rebuilding Iraq: Actions Needed to Improve Use of Private Security Providers. July. 20 October 2008 (http://www.gao.gov/new.items/d05737.pdf).

U.S. Kongress. 2007. One Hundred Tenth Congress. Congress of the United States. House of Representatives. Committee on Oversight and Government Reform: Memorandum. 1 October. 20 OCtober 2008 (http://oversight.house.gov/documents/20071001121609.pdf).

- Van Brabant, Koenraad. 1998. Cool Ground for Aid Providers: Towards Better Security Management in Aid Agencies. *Disasters*, 22(2): 109–125.
- Wæver, Ole. 1995. «Securitization and Desecuritization.» In: Ronnie D. Lipschutz (Eds.), *On Security.* New York: Columbia Univ. Press.
- Wæver, Ole. 2000. «The EU as a security actor. Reflections from a pessimistic constructivist on post-sovereign security orders.» In Morten Kelstrup and Michael C. Williams (Eds.), *International Relations Theory and the Politics of European Integration. Power, security and community.* London, New York: Routledge.
- Weisman, Jonathan and Robin Wright. 2004. Funds to Rebuild Iraq Are Drifting Away From Target. Washington Post, 6 October. 20 October, 2008 (http://www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A9627-2004Oct5?language=printer).
- Wulf, Herbert. 2005. Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden. Baden-Baden: Nomos.
- Zedner, Lucia. 2003. The concept of security: an agenda for comparative analysis. *Legal studies*, 23(1): 153–175.